Griechenland

Soli für die Armen

Über vier Millionen Griechen leben unterhalb des Existenzminimums. Die Armutsbekämpfung war eine wichtige Forderung von Syriza im Wahlkampf, deshalb gibt es im neuen Kabinett auch eine Vizeministerin für Gesellschaftliche Solidarität. Diese darf nun, trotz der Geldknappheit der Athener Regierung, 200 Millionen Euro für Bedürftige ausgeben. „Wir haben es wegen der Krise hier mit kriegsähnlichen Zuständen zu tun, auch wenn wir in Zeiten des Friedens leben“, sagt Theano Fotiou, die Vizeministerin. Seit Montag kann sich daher jeder Bürger in „extremer Armut“ auf der Website des Ministeriums registrieren. Am ersten Tag meldeten sich 8666 Griechen. „Insgesamt erwarten wir 700 000 Menschen“, sagt Fotiou. Als extrem arm gilt eine Familie mit zwei Kindern, deren Einkommen weniger als 4800 Euro im Jahr beträgt. Die Anmeldungen werden mit der Steuerverwaltung abgeglichen, um Missbrauch zu verhindern. Die Bedürftigkeit soll mithilfe eines Punkteverfahrens ermittelt werden, auf dieser Grundlage wird die Hilfe vergeben: 300 Kilowattstunden kostenloser Strom im Monat, ein Mietzuschuss von 70 bis 220 Euro sowie Zuschüsse für Lebensmittel. „Wir bereiten eine Prepaid-Karte mit Guthaben vor, mit der beim Metzger, Obsthändler oder im Supermarkt bezahlt werden kann“, so die Vizeministerin. Das Programm ist auf neun Monate angelegt, das Geld dafür kommt aus allen Athener Ministerien. kku

Brasilien

Rechte Rebellen

Sie treffen sich in Einkaufszentren und kommunizieren über Facebook und WhatsApp. Auf Demos tragen sie die brasilianischen Nationalfarben und klappern mit Töpfen – das haben sie sich bei den Argentiniern abgeguckt, die so einst einen Präsidenten aus dem Amt jagten. Brasiliens neue Rechte ist gegen den Sozialstaat, gegen Steuererhöhungen, gegen die regierende Arbeiterpartei PT und die Linke im Allgemeinen, vor allem aber gegen Präsidentin Dilma Rousseff: Deren Amtsenthebung ist zum Schlachtruf der neuen ultraliberalen Bewegung geworden. Viele vergleichen die rechten Rebellen mit der US-amerikanischen Tea Party. Früher war die Rechte in Brasilien verpönt, sie bestand zumeist aus älteren Herren der Oberschicht, die sich die Rückkehr der Militärs an die Macht wünschten. Seit den Massenprotesten vom Juni 2013 aber haben sich Zehntausende vorwiegend junge Brasilianer aus der Mittelschicht in Diskussionsforen, Thinktanks und politischen Organisationen zusammengeschlossen. Sie nennen sich „Bewegung Freies Brasilien“ oder „Komm auf die Straße!“. Einen Anführer haben sie nicht, zu den Oppositionsparteien halten sie Distanz. „Weniger Marx, mehr Mises!“, steht auf ihren T-Shirts, denn der österreichische Wirtschaftswissenschaftler und Liberale Ludwig von Mises ist ihr Vorbild. Viele der Aktivisten gehören evangelikalen Pfingstkirchen an. Einen ersten kleinen Sieg konnten sie jetzt verbuchen: Erstmals hat sich Oppositionsführer Aécio Neves, Rousseffs unterlegener Herausforderer bei der letzten Wahl, für die Amtsenthebung der Präsidentin ausgesprochen. Damit will er die Politrebellen für sich gewinnen. jgl

Demonstranten in São Paulo

Fußnote

4000

Rupien, knapp 60 Euro, zahlt das indische Ministerium für Stadtentwicklung jedem Haushalt für den Bau einer Toilette. Die eine Hälfte des Geldes wird sofort ausbezahlt, die andere erst, wenn Fotos von der sanitären Anlage vorgelegt werden. 636 Millionen Inder leben ohne Toilette – gefährlich ist das vor allem für Frauen, weil sie nachts ihr Haus verlassen müssen. Bis 2019, so das Ziel der Regierung, soll diese Zahl bei null liegen. say

FOTO: ANDRE PENNER / AP / DPA (U. R.)